



| Düsseldorf-Neuss

Düsseldorf, 10.10.2019

Initiativantrag „Transformation in den Braunkohlerevieren gestalten“

Der Umbau des Rheinischen Reviers sowie der ostdeutschen Braunkohlereviere in zukunftsfähige Regionen ist einer der größten Transformationsprozesse der nächsten Jahrzehnte in Europa. Nur durch den Einsatz umfassender Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen, Industrien und Arbeitsplätze kann dieser Wandel bewältigt werden.

Am 28. August 2019 hat das Bundeskabinett den Entwurf für ein Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen verabschiedet. Durch dieses Gesetz soll ein verbindlicher Rechtsrahmen für die strukturpolitische Unterstützung der Regionen, insbesondere durch die Gewährung finanzieller Hilfen für Investitionen und weitere Maßnahmen bis 2038 geschaffen werden.

Das Rheinische Revier mit der Braunkohlewirtschaft ist in Nordrhein-Westfalen tief in die Wirtschaftskreisläufe der Region und des Landes eingebunden. Der Ausstieg aus der Braunkohle kann zum Arbeitsplatzrisiko für bis zu 93.000 Beschäftigte in den Betrieben der Zuliefererbranchen und der energieintensiven Industriezweige im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen werden.

Direkt in der Region ist mit einem negativen Gesamtbeschäftigungseffekt von rund 27 000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Davon entfallen ca. 6000 auf industrielle Zulieferunternehmen in der Region, die im Wesentlichen dem Organisationsbereich der IG Metall angehören. Gefährdet sind zudem bis zu 7.500 weitere Arbeitsplätze in der Aluminiumindustrie in NRW mit dem räumlichen Schwerpunkt Düsseldorf-Neuss. Zusätzliche massive Risiken bestehen für zehntausende Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien von NRW, angesichts der bereits kurzfristig absehbaren Einschränkungen der Verfügbarkeit von Strom zu verlässlichen Bedingungen und wettbewerbsfähigen Kosten.

Es geht um sichere Perspektiven für die Beschäftigten im industriellen Energieland NRW. Es geht um die finanzielle Absicherung und innovative Ausgestaltung eines Transformationsprozesses, der den Menschen dauerhafte industrielle Arbeit, Wertschöpfung und Einkommen im Rheinischen Revier und in ganz NRW gewährleistet.

IG Metall Düsseldorf-Neuss
Roßstr. 94
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 38701-0
duesseldorf-neuss@igmetall.de



Die Lausitz wird vom Kohleausstieg wird auch sehr stark betroffen sein. Hier fehlen in weit größerem Umfang Ersatzarbeitsplätze bei großen Konzernen als in den anderen Braunkohlerevieren Deutschlands.

Im Lausitzer Revier sind ungefähr 24.000 Arbeitsplätze (8.000 direkt,

16.000 indirekt) betroffen. Fast alle Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie besonders im brandenburgischen Teil der Lausitz hängen vom Bergbau ab. In der Lausitzer Metall- und Elektroindustrie betrifft dies allein im brandenburgischen Teil über 2500 Beschäftigte.

Deshalb darf die Lausitz keine deindustrialisierte Region werden, in der nur Tourismus und Pendelverkehr nach Berlin und Dresden anzutreffen ist. Der Strukturwandel in der Lausitz wird nur mit neuen und zukunftsfesten Industriearbeitsplätzen gelingen.

Die Menschen in der Lausitz haben eine gewachsene Energie- und Technikkompetenz. Diese zu nutzen wird helfen, den kommenden Strukturwandel zu meistern. Im Kern geht es darum die Lausitz als Wirtschafts- und Lebensraum zu revitalisieren.

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall setzt sich auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene für einen aktiven Transformationsprozess im Rheinischen Revier und in der Lausitz ein. Die absehbaren und notwendigen Veränderungen aufgrund von Energiewende und Klimaschutz dürfen dort nicht zu Strukturbrüchen führen. Der Transformationsprozess ist so zu gestalten, dass eine leistungsfähige Industrie-, Technologie- und Wissenschaftsregion mit guten Arbeitsplätzen erhalten bleibt.

Dabei wirkt die IG Metall darauf hin,

- dass Beschäftigte in Unternehmen, die in einem direkten Dienstleistungsvertrag mit dem bergbautreibenden Unternehmen stehen, im Falle des Verlustes ihres Arbeitsplatzes resultierend aus dem Kohleausstieg eine Leistung vergleichbar zum „Anpassungsgeld Bergbau“ für die originär beim bergbautreibenden Unternehmen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten.
- dass Zulieferer aus Mittelstand und Handwerk bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven unterstützt und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die neuen Herausforderungen geschaffen werden.
- dass eine zuverlässige Energieversorgung der energieintensiven Industrie zu wettbewerbsfähigen Preisen bei gleichzeitiger Klima- und



Umweltverträglichkeit gewährleistet ist. Ziel dabei ist, dem Deinvest in den Unternehmen entgegen zu wirken, die energieintensive Industrie zu modernisieren und auch langfristig im Rheinischen Revier zu halten und auszubauen, auch um dem Carbon Leakage zum Schutz des globalen Klimas wirksam zu begegnen.

- dass bei der Bewältigung der Transformation der Industrielandschaft im Rheinischen und in den ostdeutschen Revieren der Fokus auf der Schaffung neuer regionaler Wertschöpfungsketten, Entwicklung neuer industrieller Kerne sowie der Sicherung regionaler Energieversorgung gelegt wird.
- dass bei der Priorisierung und Förderung von Projekten zur Bewältigung des Strukturwandels ein „Vorrang für Gute Arbeit“ gewährt wird. Bei der Bewertung von Fördermaßnahmen müssen Kriterien wie Sozialversicherungspflicht, Mitbestimmung, Tarifbindung und unbefristete Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis den Ausschlag geben.
- dass ein innerorganisatorischer Entwicklungsansatz für die Gestaltung des Transformationsprozesses im Rheinischen Revier und in den ostdeutschen Revieren verfolgt wird, der innerhalb der IG Metall einen Austausch zwischen Bundes-, Landes-, und regionaler Ebene ermöglicht und Ziele, Strategien, Aktivitäten und Projekte bündelt. So ist ein koordiniertes Auftreten der IG Metall bei der Vernetzung wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und gegenüber den politischen Entscheidern und der Zukunftsagentur Rheinisches Revier zu gewährleisten.

dass sie gleichberechtigt zu unseren Schwestergewerkschaften IG BCE und ver.di mit Sitz und Stimme in den Gremien der Zukunftsagentur Rheinisches Revier vertreten ist.